

Vertrag über ambulante Pflege und Betreuung (Stand 10/2021)

Zwischen Frau/Herrn

(– im Folgenden "Kunde" –)

vertreten durch

und dem Pflegedienst

Anke Reincke, Häusliche Krankenpflege und
Seniorenbetreuung GmbH

Pieskower Straße 33

15526 Bad Saarow

(– im Folgenden "Pflegedienst" –)

wird folgender Pflegevertrag vereinbart.

Allgemeines

Der Pflegedienst erbringt ab dem _____ für
den Kunden

- ◆ Leistungen der Pflegeversicherung nach
SGB XI (Ziffer 1)*
- ◆ Leistungen der häuslichen Krankenpflege
nach SGB V (Ziffer 2)*
- ◆ andere Leistungen (Ziffer 3)*

Die Leistungen werden, soweit nichts ande-
res vereinbart ist, in der Häuslichkeit des
Kunden erbracht (Leistungsort).

Der Pflegedienst ist durch Versorgungsver-
trag nach § 72 SGB XI zugelassen und kann
von der gesetzlichen Pflegekasse des Kun-
den bewilligte Leistungen direkt mit dieser
abrechnen.* Der Pflegedienst hat einen
Vertrag nach § 132 a Abs. 2 SGB V mit der
gesetzlichen Krankenkasse des Kunden
abgeschlossen und kann von dieser bewil-
ligte Leistungen direkt mit ihr abrechnen.*
Die geltenden Verträge zwischen dem Pfl-
gedienst und den gesetzlichen Kostenträ-
gern unter Einschluss der Entgeltverzeich-
nisse können vom Kunden jederzeit einge-
sehen werden.

1. Leistungen und Vergütungen nach dem SGB XI

1.1. Der Pflegedienst ist gesetzlich verpflich-
tet, beim Kunden einen Erstbesuch durchzu-
führen. Der Pflegedienst erfasst im Rahmen
des Erstbesuches beim Kunden die für die
Leistungserbringung erforderlichen Informa-

tionen, informiert den Kunden über das Lei-
stungs- und Vergütungssystem und berät bei
der Auswahl geeigneter Leistungen nach dem
SGB XI sowie über Prophylaxen unabhängig
von deren rechtlicher Zuordnung. Der Lei-
stungskomplex des Erstbesuches kann vom
Pflegedienst nach Maßgabe der mit den Pfl-
gekassen geschlossenen Leistungs- und Ver-
gütungsvereinbarung abgerechnet werden.

1.2. Die Leistungen der häuslichen Pflegehilfe
gemäß § 36 SGB XI und deren Vergütungen
ergeben sich dem Grunde nach aus der vom
Pflegedienst mit den Pflegekassen geschlos-
senen Leistungs- und Vergütungsvereinba-
rung.

In der Leistungsvereinbarung sind die körper-
bezogenen Pflegemaßnahmen die pflegeri-
schen Betreuungsmaßnahmen, die Hilfen bei
der Haushaltsführung und sonstige Leistungen
im Sinne von § 89 Abs. 3 S. 1 SGB XI aufge-
führt. Der Kunde entscheidet über die Zusam-
menstellung der Leistungen.

1.3. Der Pflegedienst unterrichtet den Kunden
vor Vertragsschluss in der Regel schriftlich
über die voraussichtlichen Kosten. Hierzu er-
stellt er über Art, Inhalt und Umfang der von
ihm gegenüber dem Kunden zu erbringenden
Leistungen einen individuellen, unverzüglich
auszuhändigenden Kostenvoranschlag
(s. Anlage 1). Aus diesem ergeben sich auch
die bei Inanspruchnahme dieser Leistungen
vom Kunden zu tragenden Eigenanteile. Mit
Unterzeichnung des Kostenvoranschlages
durch den Pflegedienst und den Kunden bzw.
dessen Vertreter wird dieser Vertragsbestand-
teil.

* Der Kostenvoranschlag enthält als Teil
der Pflegevergütung einen Betrag zur Fi-
nanzierung einer vom Pflegedienst an
das Land zu entrichtenden Umlage für
die Ausbildung in der Altenpflege (§ 82a
Abs. 3 SGB XI) sowie für die Ausbildung
nach dem Pflegeberufegesetz (§ 28 Abs.
2 SGB XI). Dieser Betrag wird nach der
Vereinbarung zwischen dem Pflegedienst
und den Pflegekassen festgesetzt und
entsprechend berechnet.

* Soweit betriebsnotwendige Investitions-
aufwendungen nach dem SGB XI nicht
durch öffentliche Förderung gedeckt sind,
sind diese dem Kunden gesondert au-
ßerhalb der Pflegevergütung zu berech-
nen. Die gesondert berechenbaren be-
triebsnotwendigen Investitionsaufwen-
dungen betragen 10 Prozent je Abrech-
nungspunkt bei Vergütung nach Lei-
stungskomplex*.

Sie sind im Kostenvoranschlag gesondert
ausgewiesen. Bei geförderten Pflege-

diensten sowie im Falle des Sozialhilfebezuges des Kunden entspricht die Höhe der gesondert berechenbaren betriebsnotwendigen Investitionskosten dem Zustimmungsbescheid der zuständigen Landesbehörde nach § 82 Abs. 3 SGB XI bzw. der Vergütungsvereinbarung mit dem Sozialhilfeträger nach § 75 Abs. 3 SGB XII.

1.4. Änderungen der Leistungen oder ihres Umfangs können jederzeit einvernehmlich vereinbart werden. Solche Vereinbarungen können insbesondere dann notwendig sein, wenn kurzfristig, etwa aufgrund einer akuten Veränderung des Gesundheitszustands, Erweiterung des Leistungsumfangs erforderlich sind.

1.5. Der Pflegedienst unterrichtet den Kunden bei jeder wesentlichen Veränderung unverzüglich erneut in der Regel schriftlich entsprechend Ziffer 1.3. über die voraussichtlichen Kosten.

Eine wesentliche Veränderung liegt insbesondere vor:

- a) wenn der Pflegedienst Kenntnis von einer Änderung des Pflegegrades des Kunden erlangt;
- b) wenn der Kunde den Pflegedienst nicht nur kurzfristig, sondern planbar für eine nicht unerhebliche Dauer mit geänderten Leistungen oder einem geänderten Leistungsumfang beauftragt.

2. Leistungen und Vergütungen häuslicher Krankenpflege

2.1. Die Leistungen des SGB V und deren Vergütungen ergeben sich dem Grunde nach aus der vom Pflegedienst mit der Krankenkasse des Kunden geschlossenen Vergütungsvereinbarung. Die vertragsärztlich verordneten Leistungen der häuslichen Krankenpflege nach § 37 SGB V werden mit der auf der Rückseite dieser Verordnung vorgesehenen Unterschrift des Kunden jeweils Bestandteil des vertraglich vereinbarten Leistungsumfangs.

2.2. Für nicht gesetzlich krankenversicherte Kunden, die ärztlich verordnete Leistungen der häuslichen Krankenpflege in Anspruch nehmen, ergeben sich die Vergütungen dieser Leistungen aus einem Kostenvorschlag, den der Pflegedienst unverzüglich aushändigt. Mit Unterzeichnung des Kostenvorschlages durch den Pflegedienst und den Kunden bzw. dessen Vertreter wird dieser Vertragsbestandteil.

Im Falle einer Einzelverhandlung zur Kostenübernahme mit einem Kostenträger ergibt sich die entsprechende Vergütung aus dem zum Pflegevertrag dazugehörigen Kostenvorschlag.

2.3. Bewilligt die gesetzliche Krankenkasse ärztlich verordnete Leistungen nicht und will der Kunde diese dennoch in Anspruch nehmen, erstellt der Pflegedienst einen Kostenvorschlag für diese Leistungen auf Basis der zwischen der jeweiligen gesetzlichen Krankenkasse und dem Pflegedienst vertraglich vereinbarten Vergütung. Ziffer 2.2. S. 2 gilt entsprechend.

3. Andere Leistungen

3.1. Über etwaige Leistungen außerhalb der häuslichen Pflegehilfe nach Ziffer 1 oder der häuslichen Krankenpflege nach Ziffer 2 erstellt der Pflegedienst einen unverzüglich auszuhändigenden gesonderten Kostenvorschlag, aus dem sich Art, Inhalt, Umfang und Vergütungen dieser Leistungen ergeben. Mit Unterzeichnung des Kostenvorschlages durch den Pflegedienst und den Kunden bzw. dessen Vertreter wird dieser Vertragsbestandteil.

3.2. Leistungen der Hilfe zur Pflege nach SGB XII und deren Vergütungen ergeben sich dem Grunde nach aus der vom Pflegedienst mit den Pflegekassen bzw. dem Sozialhilfeträger geschlossenen Leistungs- und Vergütungsvereinbarung. Will der Kunde Leistungen des Pflegedienstes als Leistungen der Hilfe zur Pflege nach SGB XII zulasten des Trägers der Sozialhilfe in Anspruch nehmen, werden diese, soweit sie vom Pflegedienst neben Leistungen nach dem SGB XI erbracht werden sollen, im Kostenvorschlag nach Ziffer 1.3. ausgewiesen.

4. Mitwirkungspflichten und Annahmeverzug

4.1. Leistungen zu Lasten der Kranken- oder Pflegekasse sowie eines Sozialhilfeträgers setzen eine Mitwirkung des Kunden als Versicherten voraus. Der Kunde wird, soweit er den Pflegedienst in Anspruch nehmen möchte, die erforderlichen Anträge gegenüber den Kostenträgern stellen, aus ärztlicher Sicht erforderliche Verordnungen zur häuslichen Krankenpflege entgegennehmen und an den Pflegedienst weiterleiten. Der Pflegedienst wird den Leistungsempfänger bei der Inanspruchnahme der genannten Leistungen durch Information unterstützen. Der Kunde verpflichtet sich, dem Pflegedienst mitzuteilen, wenn wesentliche Umstände eintreten, die seine sonstige Pflege und Betreuung nicht mehr als gewährleistet erscheinen lassen, z.B. bei Erkrankung der sonstigen Pflegepersonen.

4.2. Die erbrachten Leistungen werden vom Pflegedienst in geeigneter Form aufgezeichnet und vom Kunden oder dessen Vertreter

gegengezeichnet (Leistungsnachweis). Die Abrechnung erfolgt anhand der Leistungsnachweise. Dem Kunden ist jederzeit die Einsichtnahme in die Leistungsnachweise möglich.

4.3. Grundlage der Abrechnung sind die tatsächlich vom Kunden in Anspruch genommenen Leistungen.

Bietet der Pflegedienst dem Kunden am Leistungsort eine vereinbarte Leistung an, die der Kunde aus von ihm zu vertretenden Gründen ganz oder teilweise nicht in Anspruch nimmt (Annahmeverzug), kann der Pflegedienst vom Kunden die Vergütung für die vereinbarte Leistung auch verlangen, soweit diese nicht in Anspruch genommen wurde, jedoch nur unter Anrechnung dessen, was der Pflegedienst durch die Nichtinanspruchnahme bzw. durch einen anderweitigen Einsatz des Personals erzielt.

4.4. Wird ein vereinbarter Einsatz des Pflegedienstes, der aus vom Kunden zu vertretenden Gründen ausfallen muss, nicht spätestens 24 Stunden vor dem Einsatzzeitpunkt abgesagt, kann der Pflegedienst vom Kunden die für den Einsatz vereinbarte Vergütung verlangen, jedoch nur unter Anrechnung dessen, was er durch den Wegfall des geplanten Einsatzes bzw. durch einen anderweitigen Einsatz des Personals erzielt.

4.5. Der Pflegedienst weist darauf hin, dass Vergütungsansprüche nach den Ziffern 4.3. und 4.4. vom Kunden selbst und nicht von einem gesetzlichen Kostenträger zu begleichen sind.

5. Rechnungstellung und Zahlungsweise

5.1. Die Rechnungstellung erfolgt in der Regel kalendermonatlich, und zwar am Beginn des Monats für den Vormonat.

5.2. Folgende Leistungen werden vom Pflegedienst unmittelbar gegenüber dem jeweiligen Kostenträger abgerechnet:

a) Sachleistungen der Pflegeversicherung;

b) Leistungen der Hilfe zur Pflege nach SGB XII und gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen nach Ziffer 1.3., soweit der für den Kunden zuständige Träger der Sozialhilfe die Übernahme der Kosten erklärt hat und dem Pflegedienst die Möglichkeit der unmittelbaren Abrechnung ihm gegenüber gewährt;

c) bewilligte Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

5.3. Folgende Leistungen werden dem Kunden in Rechnung gestellt und hat dieser selbst zu zahlen:

a) verbleibende Eigenanteile für die Leistungen der Pflegeversicherung (Ziffer 1);

b) gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen (Ziffer 1.3.), soweit sie nicht durch den Pflegedienst unmittelbar dem Träger der Sozialhilfe gegenüber abgerechnet werden können;

c) Leistungen der häuslichen Krankenpflege (Ziffer 2), soweit der Kunde nicht gesetzlich krankenversichert ist oder die Leistungen nicht bewilligt, aber aufgrund ärztlicher Anordnung weiterhin in Anspruch genommen wurden;

d) Leistungen nach Ziffer 3, es sei denn, der Pflegedienst kann diese unmittelbar gegenüber dem Träger der Sozialhilfe abrechnen.

e) Leistungen nach Ziffer 4.4. durch den Wegfall eines geplanten Einsatzes

5.4. Rechnungen, die der Kunde nach Maßgabe dieses Vertrages selbst zu zahlen hat, sind innerhalb der auf der Rechnung angegebenen Zahlungsfrist nach Erhalt der Rechnung zu begleichen. Die Zahlung der Rechnungsbeträge folgt durch Überweisung auf das in der Rechnung angegebene Konto. Erfolgt die Zahlung abweichend von Satz 2 über das SEPA-Basislastschriftverfahren durch Einzug vom Konto des Kunden, erhält dieser jeweils mit der Rechnung eine Vorabinformation zum entsprechenden Lastschrift einzug.

5.5. Der Kunde kommt in Zahlungsverzug, wenn er nicht innerhalb der ausgewiesenen Fälligkeit seine Zahlung leistet. Wir erheben Mahngebühren für die 1. Mahnung von 5,-€ und für die 2. Mahnung von 7,50 €. Wenn der Kunde bei einer Ratenzahlung mit mindestens 2 aufeinanderfolgenden Teilzahlungen, ganz oder teilweise in Verzug gekommen ist und wir dem Kunden in einer Mahnung eine 14 tägige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrages mit der Erklärung gesetzt haben, dass wie bei Nichtzahlung innerhalb der gesetzten Frist die Restschuld verlangen, ist der gesamt offenstehende Betrag nach fruchtlosen Ablauf der gesetzten Frist zur Zahlung fällig. Wir behalten uns zu dem das Recht vor, gesetzliche Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 288 Abs. 1 BGB geltend zu machen.

6. Entgelterhöhungen

6.1. Die Erhöhung von Entgelten ist zulässig, wenn sich die bisherige Berechnungsgrundlage verändert hat und das erhöhte Entgelt angemessen ist. Die Entgelterhöhung kann durch einseitige Erklärung des Pflegedienstes erfolgen.

6.2. Dem Kunden gegenüber ist die beabsichtigte bezifferte Erhöhung der für die Leistungen nach diesem Vertrag vereinbarten Entgelte nach einer angemessenen, branchenüblichen Frist vor dem Zeitpunkt, an dem sie wirksam werden soll, schriftlich geltend zu

machen und zu begründen. Dies gilt nicht für Leistungen der häuslichen Krankenpflege, die der Pflegedienst unmittelbar gegenüber einer gesetzlichen Krankenkasse abrechnen kann.

6.3. Hinsichtlich der Leistungen der Pflegeversicherung und der Hilfe zur Pflege nach SGB XII wird eine Erhöhung der Entgelte außerdem nur wirksam, soweit die erhöhten Entgelte den Vergütungsvereinbarungen nach §§ 89 SGB XI, 75 SGB XII bzw. Entscheidungen der Schiedsstellen nach §§ 85 Abs. 5 S. 1 SGB XI, 77 Abs. 1 S. 3 SGB XII entsprechen.

Einigen sich die Pflegekassen bzw. Sozialhilfeträger und der Pflegedienst nicht über einen neuen Vergütungsvertrag, legt auf Antrag einer Partei die gesetzlich vorgesehene Schiedsstelle die Vergütungen fest. Die Schiedsstelle kann neue Entgelte höchstens bis zur Höhe des Antrags des Pflegedienstes unter angemessener Berücksichtigung der Interessen des Versicherten rückwirkend ab dem Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Schiedsstelle festlegen. Legt die Schiedsstelle eine niedrigere Vergütung als bisher fest, wird der Pflegedienst seine Leistungen zu diesen Entgelten ab dem Zeitpunkt abrechnen, den die Schiedsstelle bestimmt hat, und etwa zu viel entrichtete Beträge erstatten. Legt die Schiedsstelle rückwirkend höhere Entgelte als bisher fest, ist der Pflegedienst berechtigt, die Differenzbeträge gegenüber der bisher vereinbarten Vergütung rückwirkend bis zu dem im Schiedsspruch festgelegten Zeitpunkt abzurechnen. Voraussetzung der nachträglichen Abrechnung dieser Differenzbeträge ist jedoch, dass der Pflegedienst dem Kunden gegenüber nach einer angemessenen, branchenüblichen Frist vor dem Zeitpunkt, zu welchem die erhöhten Entgelte nach dem Schiedsspruch in Kraft treten, schriftlich die im Schiedsverfahren von ihm beantragte Erhöhung angekündigt und begründet hatte und dem Kunden das Ergebnis des Schiedsspruchs unverzüglich nach dessen Bekanntgabe mitteilt.

6.4. Im Falle einer Entgelterhöhung händigt der Pflegedienst dem Kunden, nach Aufforderung, einen an die Erhöhung angepassten Kostenvoranschlag aus.

7. Dokumentation

Der Pflegedienst führt eine Pflegedokumentation. Die Pflegedokumentation ist Eigentum des Pflegedienstes. Nach Beendigung der Pflege verbleibt sie beim Pflegedienst. Sie verbleibt während der Pflege beim Kun-

den, es sei denn, ihre sichere Aufbewahrung ist dort nicht gewährleistet.

8. Datenschutz und Schweigepflicht

8.1. Der Pflegedienst und seine Mitarbeiter verpflichten sich zur Diskretion und zu einem vertraulichen Umgang mit personenbezogenen Informationen des Kunden. Der Pflegedienst hat seine Mitarbeiter über deren Verpflichtung zur Verschwiegenheit hinsichtlich aller Daten über den Kunden belehrt, von denen der Pflegedienst bzw. seine Mitarbeiter Kenntnis erlangen.

8.2. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kunden richtet sich nach den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung sowie des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Informationen zu der den Kunden betreffenden Datenverarbeitung durch den Pflegedienst ergeben sich im Einzelnen aus den „Informationen zur Datenverarbeitung gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)“ in Anlage 2 dieses Vertrages.

9. Beendigung des Vertrages

9.1. Der Vertrag endet mit Kündigung oder Tod des Kunden. Bei vorübergehendem stationären Aufenthalt (Kurzzeitpflege, Krankenhaus, Rehabilitationseinrichtung etc.) ruht der Vertrag.

9.2. Der Kunde kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Der Pflegedienst kann den Vertrag mit einer Frist von vier Wochen kündigen. Die Kündigung bedarf der Textform. Das Recht auf Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

10. Besonderes

(z.B. besondere Wünsche des Kunden (wie Einsatzzeit) oder der Angehörigen/eigenständige Zutrittsberechtigung/ Aushändigung der Wohnungsschlüssel

11. Vertragsaushändigung/Unterschriften

Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung des Vertrages nebst sämtlichen Anlagen.

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift des Bevollmächtigten des Pflegedienstes:

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift des Kunden, ggf. Vertreters/Betreuers:

..